

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum
Falkensteinstraße 89, 10117 Berlin
Tel./Fax: 030 346 00 00
Btz: 100 500 00/Kto-Nr: 06/001-17

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 25/26, 14. Dezember 2000

Einblicke

Versöhnungssymbol

Von Heiner Lichtenstein

In diesen Tagen konnten wir eines der berühmtesten Fotos des 20. Jahrhunderts sehen: Bundeskanzler Willy Brandt kniet in Warschau vor dem Denkmal für die ermordeten Ghetto kämpfer. Das war am 7. Dezember 1970. Auf den Tag genau 30 Jahre danach war erneut ein sozialdemokratischer Bundeskanzler in der polnischen Hauptstadt: Gerhard Schröder. Er enthüllte ein Denkmal für Brandt dort, wo er einst kniete. Stunden später war Schröder in Nizza, wo die EU-Regierungschefs die Grundlagen für die Aufnahme neuer Mitglieder schaffen wollten. Schröder sieht die Bundesrepublik als Anwalt besonders Polens auf dem Weg in die EU.

Zwischen dem Kniefall Brandts und dem Weg Polens in die EU besteht ein enger Zusammenhang. Brandt wollte 1970 um Verzeihung für die deutschen Verbrechen zwischen 1939 und 1945 bitten und damit den Weg für die Aussöhnung ebnen. Weil ihm die Worte fehlten, ging er in die Knie. Das Symbol wurde verstanden. Noch am selben Tag wurde im Warschauer Schloss der deutsch-polnische Vertrag unterschrieben, mit dem Bonn endlich die Westgrenze Polens anerkannte und auf jegliche territoriale Ansprüche verzichtete. Ohne diesen Vertrag wäre eine neue deutsche Ostpolitik nicht möglich gewesen.

Knapp zwanzig Jahre später zerbarst der Eiserne Vorhang, die deutsche Einheit schien möglich. Helmut Kohl konnte die Früchte ernten, die Brandt und Helmut Schmidt gesät hatten. Durch das Ende der Teilung Europas wurde für Polen der Weg nach Europa frei. Das symbolisierte Schröder, indem er von Warschau nach Nizza flog. Viele Polen verbinden mit Brandt leider noch immer dessen Weigerung, bei seinem nächsten Besuch 1985 den Solidarnosc-Chef Lech Walesa zu empfangen. Das mag verständlich sein, ist aber völlig unhistorisch. Der Kniefall vor 30 Jahren hat Geschichte gemacht. Er zeigte ein neues, ein anderes, ein bescheidenes, ein um Versöhnung bittendes Land - genau das Gegenteil dessen, wozu die Nazis Deutschland gemacht hatten.

Politik am Küchentisch

Bei der Magdeburger DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei herrscht ein strenges Regiment der Familie der Vorsitzenden.

Seite 3 ■

Neue alte Hochburg

In Dortmund zeichnen sich zunehmend wieder Neonazi-Aktivitäten ab. Mit von der Partie ist der Altkader Siegfried Borchardt.

Seite 4 ■

Bewaffneter Kampf

Im „Reichsruf“ wird offen zu rechtsterroristischen Anschlägen aufgerufen.

Seite 5 ■

Richter Saubermann

Mitstreiter der Partei Rechtsstaatliche Offensive des umstrittenen Hamburger Amtsrichters Schill haben selbst Bekanntschaft mit der Justiz gemacht.

Seite 6 ■

Die Hölle vor Gericht

Vor 25 Jahren begann in Düsseldorf der Majdanek-Prozess - der größte und schließlich längste Prozess über NS-Verbrechen.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 18 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**„Frage der Macht“****Deutsche Aufbau-Organisation in Hamburg gegründet**

Nicht allen Anwesenden schien das Essen zu schmecken. „Wir Deutschen lieben es gern deftiger“ erklärte Hans Fiedler dem türkischen Kellner. Aber schließlich hatte auch nicht der Hamburger Ex-Landesvorsitzende der Republikaner (REP) das Restaurant im Grindelhof ausgesucht. Gastgeber des geheimen Treffens am 30. November war Carsten Stock. „Im Namen und Auftrag von Dr. Mechttersheimer“ hatte das frühere Mitglied der Hannoveraner REP und des „Konservativen Gesprächskreis Hannover“ zur Gründung einer Hamburger-Sektion der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) in das türkische Restaurant geladen. Auf dem Gründungstreffen im Universitätsviertel stritten die elf Herren und die eine Dame so dann auch nicht über die deutsche Kochkunst, sondern über die hanseatische Politikstimmung.

„Wir müssen uns die Frage der Macht stellen“, eröffnete Stock die Diskussion in der ausgewählten Runde. Denn Einladungen erhielten nur diejenigen die den „Pressedienst“ von Alfred Mechttersheimer beziehen. Der in der Einladung von Stock angekündigte Gründer der Deutschland Bewegung (DB), Mechttersheimer, und der Mitherausgeber von „Nation&Europa“, Harald Neubauer, erschienen allerdings nicht. Die Mitglieder vom Sprecherrat der DAO, entschuldigt Stock „konnten leider nicht kommen“. Dafür begrüßte er den schleswig-holsteinischen Blut-und-Boden-Landwirt Baldur Springmann als Sprecherratsmitglied.

Mechttersheimer, in den 80er Jahren Friedensforscher und Bundestagsabgeordneter der Grünen, und Neubauer, ehemals Europaabgeordneter der REP, sammeln seit Jahren „nationalgesinnte Menschen aus allen Gruppen und Parteien“, um rechts von der CDU eine „nationale und demokratische Kraft“ aufzubauen. Mit der DAO wollen die beiden eine Basis für die „notwendige Klärung und Einigung“ der extrem rechten Parteien schaffen, bevor eine neue „national-patriotische Partei“ aufgebaut wird. Für einen „erfolgsversprechenden und dauerhaften Erfolg“ sei, laut dem Selbstverständnis der DAO, das Zusammenführen „patriotisch überzeugter Frauen und Männer“ aus allen nationalen Parteien und

die „glaubwürdige personelle Vertretung auf allen Ebenen“ erforderlich. Ähnlich der DB sollen auf Landesebene Koordinationskreise aufgebaut werden. Getreu Mechttersheimers und Neubauers „Zwei-Säulen-Konzept von Bewegung und Partei“. Ohne Bewegung gebe es keinen parteipolitischen Erfolg und ohne Partei wäre der „politische Patriotismus“ nicht wirksam.

Unter dem Motto „Vor dem Aufbruch. Deutsche Patrioten sammeln sich“ wirbt Neubauer, in den 70er und 80er Jahren bei der NPD und der DVU aktiv, seit zwei Jahren auf Veranstaltungen der DB und der Nation-&-Europa-Freunde e.V. für diesen Weg. Mit der Gründung der DAO sollen die von der DB aufgebauten bundesweiten Kontakte zwischen Funktionären der NPD, DVU, REP, dem Bund freier Bürger (BfB) und der Deutschen Sozialen Union lokal ausgebaut werden. Bei der ersten zentralen Konferenz der DAO am 6. Juni 2000 im hessischen Fulda schickte Jörg Haiders FPÖ einen Vertreter und Franz Schönhuber ein Grußwort. Über die Teilnehmerzahl schweigen sich Mechttersheimer und Neubauer aber aus.

In Hamburg störte es die aufrechten „Revisionisten und Patrioten“ auch nicht, dass sie in einer kleinen Runde an einem Tisch saßen. Deutliche Kritik an den Parteien und große Pläne taten sie kund. Die REP würden mit dem „Schmusekurs“ ihres Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer immer mehr an Bedeutung verlieren. Die CDU hätte von der Leitkultur keine Ahnung. Und die anderen Parteien wollten die „Negerdealer und die ganzen Asylanten nicht loswerden“. 80 bis 90 Prozent der Deutschen würden indes auf jemanden warten, der Antworten hätte. „Wir müssen die Herzen der Menschen erreichen“ meinen sie, und fügen hinzu, „so, wie der Schill das macht“.

Kontakte zu dem Vorsitzenden der Partei Rechtsstaatliche Offensive Ronald Barnabas Schill seien aber noch nicht aufgenommen worden. Im Moment, meint Stock wäre dies nicht sinnvoll. Es soll zuerst, repetiert Stock Mechttersheimer, eine Stimmung erzeugt werden und danach könne eine Partei als „parlamentarischer Arm“ gegründet werden. Zunächst müsste man allerdings erst einmal an die Öffentlichkeit treten. Eine Demonstration mit Springmann als Redner, überlegten die Anwesenden, könnte ein „starker Auftakt“ sein. Verbindliches beschlossen die neuen Mitglieder aber nicht, bevor sie die Rechnung im Restaurant zahlten und auseinander liefen.

Andreas Speit

Aktivitäten

Küchentisch-Politik

Die Freiheitliche Deutsche Volkspartei wird offenbar zum Versorgungsunternehmen der Familie Wiechmann

Es wirkt wie das berühmte „déjà vu“. Am rechten Rand des politischen Spektrums in Sachsen-Anhalt hat es wieder einmal zu bröseln begonnen. Diesmal trifft es die FDVP, die Freiheitliche Deutsche Volkspartei, die sich selbst erst zu Beginn des Jahres von der rechtsextremen DVU abgespalten hatte. Eine Partei nach dem Vorbild der „Freiheitlichen“ von Jörg Haider in Österreich hatte es werden sollen, ein Familienunternehmen ist es schließlich geworden. Haiders Partei war nicht umsonst von Anfang an auf Distanz zu dem zumindest nicht gerufenen Ableger in Deutschland gegangen. Jetzt gehen der FDVP aber auch die eigenen Leute von der Fahne.

Der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Dirk Kuke, hat kürzlich seinen Rücktritt und zugleich seinen Austritt aus der erst im Mai gegründeten Partei erklärt. Der Bundeswehr-Major hat diesen Schritt öffentlich mit dem autoritären Führungsstil des Bundesvorstandes begründet. Selbst Funktionäre der Partei auf Landesebene würden nicht in Grundsatzentscheidungen der Bundesspitze einbezogen. Die Bundesvorsitzende der FDVP ist Claudia Wiechmann, die auch der Fraktion der FDVP im Landtag von Sachsen-Anhalt vorsteht.

Wiechmann ist im Februar im Zorn von Gerhard Frey und der von ihm zentralistisch und autoritär gesteuerten Deutschen Volksunion geschieden. Die war im Sommer 1998 mit 12,9 Prozent der Wählerstimmen und insgesamt 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag eingezogen. Rund eineinhalb Jahre später hatte sich die DVU-Fraktion gespalten. Drei Monate nach der Anmeldung der FDVP-Fraktion gründete Claudia Wiechmann die gleichnamige Partei und stellte bald unter Beweis, dass sie von Frey durchaus Einiges gelernt hat. Und deshalb kommt ihrer FDVP jetzt nach und nach das Fußvolk abhanden. Nicht zuletzt durch die Aktivitäten der Parteichefin und ihres Familienclans. Denn die Chefin von Landtagsfraktion und Bundespartei organisiert die FDVP wie ein Familienunternehmen. In dem Außenstehende offenbar nur Stimmvieh spielen sollen.

„Die haben mir meine besten Leute weggenommen“, klagt Ex-Landeschef Kuke. Damit meint er die beiden Vize-Landesvorsitzenden Heike Schulze und Klaus Fellechner. Beide waren am 10. November im Rahmen einer erweiterten Bundesvorstands-Sitzung ihrer Ämter enthoben worden und daraufhin aus der FDVP ausgetreten. Fellechner ist nach eigenen Angaben froh, dass seine FDVP-Episode vorbei ist. „Frau Wiechmann ist eindeutig die Partei, und zwar nur sie“, sagt er. „Wer sich in der FDVP eigene Gedanken macht, wird gnadenlos rausgeschmissen.“ Der Anlass seines eigenen Rauschmisses aus der FDVP ist banal: Er hatte eine Seite aus dem Internet heruntergeladen, auf der der Parteichefin vorgeworfen worden war, sich und ihre Familie finanziell und materiell absichern zu wollen. Diese Internetseite hatte er Heike Schulze zugefaxt. Rein privat, beteuert Fellechner. Zumindest im Kreis der Bundesspitze wurde es dennoch öffentlich. Auch für Peter Reffert ist die FDVP Geschichte. Nur sieben Monate nach Gründung gab er seinen Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender auf und sein Parteibuch ab.

Tatsächlich hat die Familie Wiechmann alle Schlüsselpositionen in der FDVP besetzt. Claudia Wiechmann ist Fraktionsvorsitzende und bekommt damit einen Zuschlag von 100 Prozent auf ihre Abgeordnetendiäten, zugleich bekleidet sie den Bundesvorsitz der Partei. Politik machen hat sie übrigens als SED-Mitglied gelernt. Vater Rudi bekommt als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion ebenfalls ein ansehnliches Zubrot zu den Diäten, er hat seine Wurzeln in der LDPD, die sich nach der Wende in der DDR mit der westdeutschen FDP vereinigte. Den Liberalen kehrte er allerdings erobert den Rücken, nachdem er 1994 nicht mehr für den Kreistag von Gräfenhainichen nominiert worden war. Claudia Wiechmanns Bruder Stephan ist nach dem Rücktritt Kukes kommissarischer Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt, Mutter Eva-Maria ist Vorsitzende der Landesschiedskommission und entscheidet damit an zentraler Stelle über Parteiausschlüsse. Aus Parteikreisen wird zunehmend die Kritik geäußert, dass die programmatischen Leitlinien der FDVP nicht auf Parteitage, sondern am heimischen Küchentisch der Familie Wiechmann entschieden werden.

Auf Nachfrage einer regionalen Tageszeitung mochte die FDVP-Chefin aber keinerlei Berechtigung für Kritik an ihrem Führungsstil erkennen. „Mein Führungsstil ist nicht autoritär, konsequent allerdings mag er schon sein.“ Eberhard Löblich

Aktivitäten**Neue alte Hochburg**

Zum zweiten Mal innerhalb von sieben Wochen wollen Neonazis in Dortmund aufmarschieren.

„Gegen Polizeiwillkür und Medienhetze“ soll sich die Demonstration am 16. Dezember richten. Angemeldet hat sie der Hamburger Aktivist Christian Worch, der schon für den Dortmunder Marsch am 21. Oktober verantwortlich war. Seinerzeit hatten sich rund 600 Neonazis beteiligt. Auch die Marschroute bleibt unverändert: Wie bereits vor fünf Wochen beginnt und endet sie auf dem Parkplatz des am Rande der Innenstadt gelegenen Südbads. So will Worch einem Verbot der Veranstaltung vorbeugen. Schließlich hatte das Oberverwaltungsgericht Münster die Demonstration vom Oktober letztinstanzlich genehmigt. Seit Mitte November mobilisierte Worchs „Aktionsbüro Norddeutschland“ im Internet für die Veranstaltung, auch das „Nationale Infotelefon“ (NIT) Rheinland und das „Freie Infotelefon“ (FIT) Norddeutschland verbreiteten den Aufruf.

Dortmund hat sich somit wieder zu einem der Zentren rechtsextremistischer Aktivitäten in Westdeutschland entwickelt, nachdem die Szene der Westfalenmetropole jahrelang wenig in Erscheinung getreten war. Dreh- und Angelpunkt der zunehmenden rechten Umtriebe in der Stadt ist ein altgedienter Neonazi-Kader und Szene-Prominenter: Siegfried Borchardt („SS-Siggi“), ehemals NRW-Vorsitzender der inzwischen verbotenen FAP und Anführer des militanten rechten Fußball-Fanklubs „Borussenfront“. Nachdem sich Borchardt zeitweise vor allem an Neonazi-Aktionen außerhalb Dortmunds beteiligt hatte, ist er seit Anfang des Jahres auch in seiner Heimatstadt wieder sehr aktiv geworden. So gehörte er zu den Stammgästen der Neonazi-Kneipe „Schützeneck“ in der multi-kulturellen Dortmunder Nordstadt, die das Ordnungsamt im Februar schließen ließ. Bis zu 100 Aktivisten aus Dortmund und Umgebung hatten an den freitaglichen Szenetreffen teilgenommen, darunter auch der örtliche NPD-Chef Pascal Zinn sowie Marco Gottschalk von der Naziskin-Band „Oidoxie“. Laut Verfassungsschutz waren auch Personen aus der Hooligan-Szene und dem nichtpolitischen, kriminellen Milieu dabei. Pächter Sven Neumann verlor die Konzession.

Im Sommer verbreitete Borchardt mit anderen Dortmunder Aktivisten Flugblätter und Aufkleber mit dem Schriftzug „Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland“. Der 31-jährige Michael Berger, der im Juni zunächst drei Polizisten, dann sich selbst erschossen hatte, nannte „den SS-Siggi“ seinen besten Freund. Verantwortlich für die Blätter zeichnete die Kameradschaft Dortmund, die inzwischen überregional bei Neonazi-Märschen in Erscheinung getreten ist, zuletzt am 2. Dezember bei einer Demonstration in Dessau (Motto: „Schluss mit Drogen und organisierter Kriminalität“). Revierweit sind die örtlichen Kameradschaften als „Nationaler Widerstand Ruhrgebiet“ vernetzt. Kontakte unterhält die Dortmunder Szene vor allem zu Worchs „Aktionsbüro Norddeutschland“ und zur „Sauerländer Aktionsfront“, die sich auch „Nationaler Widerstand Siegerland/Sauerland“ nennt.

■ „SS-Siggi“ wieder aktiv ■

Am 17. November lieferten sich Borchardt und rund 100 weitere Neonazis Kämpfe mit der Polizei (s. BNR 24/00), die dem mehrfach einschlägig vorbestraften Aktivisten eine weitere Anklage unter anderem wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung bescherten. Die rechte Runde hatte in einem angemieteten Partykeller den 47. Geburtstag Borchardts gefeiert, der die Beamten, die die Versammlung auflösten, mit einem Kantholz angegriffen haben soll. Gegen alle übrigen Gäste laufen zurzeit Ermittlungsverfahren. Rund drei Wochen zuvor war der Dortmunder Neonazi Anführer einer militanten Gruppe, die vor das linke Kulturzentrum „Langer August“ gezogen war.

Auch die Zahlen der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund spiegeln die Entwicklung Dortmunds zur neuen alten Szene-Hochburg wider. Zwar macht das Polizeipräsidium noch keine genauen Angaben, bestätigt aber einen erheblichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Auch unter den Fans der „Borussia Dortmund“ (BVB 09) tauchen Neonazis wieder häufiger auf. Feste rechtsextremistische Strukturen, die Siegfried Borchardt in den 80er Jahren in Form seiner „Borussenfront“ aufgebaut hatte, gibt es heute allerdings nicht mehr, wenn sich auch einige jüngere Neonazis nach wie vor als „Borussenfront“ bezeichnen. An der Geburtstagsfeier im November und an der Demonstration vom 21. Oktober nahmen allerdings auch rechtsextreme BVB-Fans teil. *Thomas Pfeiffer*

Aktivitäten

Aufruf zur Gewalt**Militante Neonazis aus Rheinland-Pfalz propagieren den bewaffneten Kampf**

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm bekräftigte auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes zum Thema Rechtsextremismus am 22. November seine Einschätzung, wonach es „Ansätze für einen rechtsextremistischen Terror“ gäbe. Immer häufiger, so Fromm, werde in diesen Kreisen darüber diskutiert, ob zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt angewendet werden solle. Mehrfach sei in den letzten Monaten Waffen und Sprengstoff beschlagnahmt worden.

Einen spektakulären Sprengstofffund gab es jüngst in der Nacht zum 1. November in Bremen. In der Wohnung eines 21-jährigen arbeitslosen Mannes, der zum Umfeld der neonazistischen „Kameradschaft Bremen-Nord“ gehört und auch NPD-Aufmärsche mitorganisiert haben soll, fand die Polizei 90 Gramm eines selbst gefertigten hoch explosiven Sprengstoffgemisches, das für einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim gedacht war. Angaben der Bremer Staatsanwaltschaft zufolge war auch Michael Kurzeja, NPD-Kreisvorsitzender in Bremen, in die Pläne für den ausländerfeindlichen Anschlag eingeweiht. Gegen Kurzeja, der gute Kontakte zur zwischenzeitlich verbotenen Skinhead-Organisation Blood&Honour unterhielt, wurde deshalb ein Ermittlungsverfahren wegen „Nichtanzeige geplanter Straftaten“ eingeleitet.

■ „Ab in den Untergrund“ ■

Als einen der bundesweit potenziell gefährlichsten Neonazis stuft der Staatsschutz den 24-jährigen Anti-Antifa-Strategen und Kopf der „Nationalen Volksfront - Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ (N.V.F.), Stefan Michael Bar, (BNR 4/2000) ein. Bar, ein fanatischer Antisemit, der derzeit das Abitur nachholt, saß bis zum Sommer vergangenen Jahres im Gefängnis, weil er die jüdischen Friedhöfe in Neustadt und Busenberg im Mai 1997 verwüstet hatte. Außerdem hatte er einen Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde in Mannheim bedroht. Dass der Neonazi den Griff zur Waffe nicht scheut, hat er schon im Alter von 20 Jahren bewiesen. Für 600 Mark kaufte er bei einem Gesinnungskamera-

den eine Maschinenpistole vom Typ Akaba. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern überfielen Bars Kameraden von der N.V.F. damit eine türkische Imbissbude und zerschossen das Inventar.

Bar, nach Eigenbekunden HNG-Mitglied, zeitweilig in der FAP, danach bei den Jungen Nationaldemokraten und der NPD organisiert, gilt als Machter des rechtsterroristischen Blättchens „Reichsruf. National Revolutionäres Untergrundblatt“ (Nr. 7). Die neueste Ausgabe des „Reichsrufs“ kursiert seit einigen Tagen in der neonazistischen Szene.

In dem zentralen Artikel „Thesen zum führerlosen Widerstand“ wird offen zur Gewalt aufgerufen: „Wacht endlich auf und begreift, die Geschichte wiederholt sich nicht, die deutschen Revolutionen von 1933 und 1989 waren einmalig. Begreift auch, dass wir nicht nur Nationalsozialisten sondern auch Revolutionäre sind, denn wir wollen nur eines: das verhasste Demokraten-Regime stürzen und einen nationalsozialistischen Volksstaat errichten.“ Die Parole müsse deshalb lauten: „Ab in den Untergrund“. Dabei würde man aber nicht in die Illegalität wie die damalige RAF abtauchen: „Wir müssen aus dem Verborgenen operieren und unerkannt bleiben. Ein Leben nach dem Werwolf-Konzept basierend auf einer unscheinbaren, bürgerlichen Existenz.“ Waffen sollen im Ausland beschafft werden, da dort „Namen und Aussehen Schall und Rauch“ seien. Weiterhin heißt es, dass die Zeit jetzt reif sei, „Basen und Strukturen für eine etwas andere Art des Dialogs mit dem System zu schaffen. Überzieht die brd mit einem Netz aus vielen unabhängigen Zellen, Widerstandsgruppen die offen die nationale Revolution einleiten. Lasst die Herrschenden spüren, wir sind bereit, sie wie auch immer zu beseitigen und für Ihr Tun zu bestrafen. Alle sind angreifbar! Überall und an jedem Ort!“

Die Staatsschutzmitarbeiter werden in dem Beitrag „Toter Bulle - Guter Bulle?“ konkret als Feinbild geoutet. Sie seien „als Kollektiv unser Feind und um sie müssen wir uns kümmern. ... Wir sind im Krieg mit dem System und somit auch mit allen seinen Dienern, Erhaltern und Beamten!“

Zur Verbotsdebatte um die NPD wird im „Reichsruf“ schließlich festgestellt: „Wir Militanten ... unterstützen die Absicht des Regimes: Verbot der NPD - Weg mit den Ewiggestrigen. Wir leben im 21. Jahrhundert. Neue Wege sind gefragt: Widerstand aus dem Untergrund!“ Anton Maegerle

Grauzone**Ein sauberer Richter**

Mit „Law and Order“-Parolen will die Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) in Hamburg auf Stimmenfang gehen.

Der wegen seiner harten Urteile bundesweit berühmt-berüchtigte Richter Ronald B. Schill tritt im Herbst 2001 mit seiner Partei Rechtsstaatliche Offensive, kurz PRO genannt, zur Bürgerschaftswahl in Hamburg an. Sein Ziel: Er will den rot-grünen Senat „aus dem Amt jagen“. Schill gründete die heute rund 500 Mitglieder starke Partei im Juli unter lautstarkem Wortgetöse. 20 bis 30 Prozent wolle er erreichen, verkündete der rechtspopulistische Amtsrichterforsch. An die Macht wolle er, am liebsten in einer Koalition mit der CDU. Erreichen will der smarte Robenträger sein Ziel mit den Schwerpunktthemen Innere Sicherheit, Asyl und unerbittliche Kriminalitätsbekämpfung.

Der eloquente Redner spricht in Versammlungen das aus, was nicht wenige enttäuschte Wähler in den heimischen Wohnstuben und bei Stammtischen erregt. Der 42-Jährige wirft seinen rechtsprechenden Kollegen einen zu rücksichtsvollen Umgang mit Drogenhändlern vor, fordert härtere Maßnahmen gegen kriminelle Ausländer, mehr Polizisten und plädiert für geschlossene Heime für minderjährige Mehrfachstraftäter. Dass Schill mit seinen Parolen ein Überraschungserfolg - wie vor einigen Jahren der Statt-Partei -gelingen könnte, zeigt eine aktuelle Umfrage, die PRO auf sechs Prozent der Stimmen taxiert.

In der Öffentlichkeit heißt der Hamburger Amtsrichter Roland B. Schill nur „Richter Gnadenlos“. Diesen Spitznamen verpassten Prozessbeobachter dem unerbittlichen Juristen, nachdem er vor vier Jahren eine 45-jährige Frau wegen des Zerkratzens von Autos zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt hatte.

Während des vom Thema „Innere Sicherheit“ beherrschten Bürgerschafts-Wahlkampfes 1997 ging Schills Rachestern auch am Medienhimmel auf. Angeheizt von Sprüchen des damaligen Bürgermeisters Henning Voscherau (SPD), der die Gerichtsbarkeit als „zu lau, zu langsam, zu lasch“ kritisierte, suchte Schill die Öffentlichkeit. Das mit Erfolg. Vom Auftritt im Regionalfernsehen bis „Talk im Turm“ - überall stieß seine Schelte der „täterfreundlichen Hamburger Justiz“ auf Widerhall.

„Hamburg hat ein Herz für Verbrecher.“ Mit Aussagen dieser Güte bringt der Jurist seine „Law and Order“-Position seitdem medienwirksam auf den Punkt. In Interviews spricht er von Missständen im Justizapparat und wirft einigen Schwurgerichtskammern vor, Fälle „lebensfremd“ zu bewerten. Das lasche Aburteilen der Delinquenten hätte zur Folge, behauptet Schill, „dass in der Bevölkerung während der letzten 20 Jahre der Eindruck entstand, dass es für einen Mord keine hohe Freiheitsstrafe mehr gibt“. Die ausgesprochenen Strafen seien eine „himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber dem Leid der Opfer“.

Mit seinen verbalen Torpedos verschreckte „Richter Gnadenlos“ auch etablierte Standesvertreter wie Heiko Raabe, den Vorsitzenden des Hamburgischen Richtervereins. Der bewertete Schills Vorpreschen als „skandalös“ und diagnostizierte eine „Verrohung der Umgangsformen“.

■ Todesstrafe ins Gespräch gebracht ■

Aber der populistische Hardliner rasselte nicht nur verbal mit dem Säbel, sondern ließ als Strafrichter vor seiner Versetzung an das Verwaltungsgericht seinen Reden auch immer wieder Taten folgen. Das deftige „Autokratzerurteil“ ist kein Schillscher Einzelfall: Ein in Hamburg arbeitender Inder sollte ebenfalls für zweieinhalb Jahre in den Knast, weil er mit einem falschen Pass, der ihn als EU-Bürger auswies, in eine Ausweiskontrolle geraten war. Für Schill ein klarer Fall von „Asylmissbrauch“. Ein anderes Mal verurteilte Schill einen Ghanaer zu 14 Monaten Gefängnis. Der Mann hatte gegenüber der Ausländerbehörde falsche Angaben gemacht. Das Landgericht kassierte das Urteil in der Zwischenzeit wieder ein und wandelte es in eine Bewährungsstrafe mit Geldbuße um. Schließlich ließ der selbst ernannte Saubermann der hanseatischen Justiz einen wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagten Rentner noch im Gerichtssaal verhaften. Der 65-jährige Siegfried B. hatte einen Richter mit einem Messer angegriffen. Schill sah aber einen Tötungsvorsatz, den die zuständige Schwurgerichtskammer zuvor verneint hatte. Sogar die sonst betuliche Springerzeitung „Hamburger Abendblatt“ titelte ob des Schillschen Aktionismus: „Ein Richter sieht rot“. Das Landgericht hob den Haftbefehl gegen den parkinsonkranken Mittsechziger wieder auf.

Zum Leidwesen seiner Anhänger ist Saubermann Schill selbst ein Fall für die Justiz. So verurteilte

ihn ein Gericht im Oktober wegen „Rechtsbeugung“ zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 100 Mark. Schill, der absichtlich Akten verschleppt haben soll, konterte in der für ihn typischen Weise: „Der Mehltau von Ungerechtigkeit und Verbrecherfreundlichkeit hat sich jetzt auch auf die Gerichte gelegt.“

Auch einige seiner PRO-Mitstreiter haben keine weiße Weste mehr. So trat sein Vorstand Franz-Joseph Underberg erst zurück und später aus, als ruchbar wurde, dass der 57-Jährige zu einer Geldstrafe von 31 000 Mark verurteilt worden war: Der Urenkel des Magenbitter-Fabrikanten hatte versucht, Kampfhubschrauber in den Irak zu verkaufen. Und PRO-Pressesprecher Rainer Koppke war 1990 wegen „fortgesetzter Untreue“ zu acht Monaten Haft auf Bewährung verknackt worden. Peinlich für PRO. Roland Schill, der sich in seinem Jurastudium auch mit kriminologischen und psychologischen Fragen beschäftigt hatte, plädiert im Fall Koppke auf Nachsichtigkeit: „Wir wollen keine Pharisäer sein. Eine Strafe darf keine lebenslängliche Brandmarke sein.“

Sonst setzt Schill lieber auf die abschreckende Wirkung von Strafen. Dass die Abschreckung nicht funktioniere, sei „nicht bewiesen“. Der gesunde Menschenverstand spreche nach Schills Denkansatz eher dafür, dass Strafe potenzielle Nachahmer von ihrem Tun abhalte. Als er für ganz schwere Fälle wie „bestialische Tötungsdelikte“ und Auftragsmorde durch „ausländische Killer“ 1997 sogar die durch das Grundgesetz abgeschaffte Todesstrafe ins Gespräch brachte, war auch für den damaligen, bis zu dem Zeitpunkt zurückhaltenden Hamburger Justizsenator Wolfgang Hoffmann-Riem das Maß voll. Über die Staatliche Pressestelle ließ der Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht „mit Nachdruck“ seine Stellungnahme verbreiten: „Nach den historischen Erfahrungen mit der Todesstrafe, insbesondere zur Zeit des Nationalsozialismus, sollte die Einführung der Todesstrafe kein Thema mehr sein. Die Unantastbarkeit menschlichen Lebens verbietet es dem Staat, einen Menschen - und mag er sich auch schwerster Straftaten schuldig gemacht haben - für nicht des Lebens wert zu erklären.“

Diese Lektion in Rechtsgeschichte verschlug dem „Egomanen, der sich gerne in Rage monologisiert“ („Hamburger Morgenpost“), keineswegs die Sprache. Er kokettiert lieber weiter mit seinem von den Nazis ermordeten kommunistischen Großvater.

Volker Stahl

Zwischenruf

Der kleine Joseph

Sebnitz in Sachsen, so will es scheinen, fokussiert die derzeitige Befindlichkeit der Nation wie in einem Brennglas: Eine Familie provoziert eine Debatte um den Tod ihres Kindes, der möglicherweise unzureichend aufgeklärt wurde und den sie Tätern aus der rechtsextremen Szene anlastet. Ein Teil der Medien, unterstützt von Politikern, übernimmt eifertig und kritiklos den Verdacht und rügt dabei die angebliche Tatenlosigkeit der Beteiligten. Als bald entsteht eine Gegendebatte. Die seit der Wiedervereinigung unstreitig mit Schwerpunkt in den ostdeutschen Bundesländern vermehrte und brutale Vorgehensweise von Rechtsextremisten wird zu einem aufgebauchten Phänomen erklärt und die Debatte um Extremismus zu einem Links-rechts-Konflikt heruntergespielt. Und plötzlich polarisiert sich die Gesellschaft, treten ineinander gerührte Streitgegenstände der in zehn Jahren mangels klarer Konzepte nicht aufgelösten Konflikte zu Tage: alte - neue Bundesländer, der Umgang mit den Fremden und ihr Zuzug nach Deutschland, der politische Extremismus.

Die Erregung über die vermeintliche Straftat von Sebnitz und tatsächliche Straftaten von rechtsextremistisch motivierten Tätern werden zu einem machtvollen Protest gegen Gewalt, der die Nation aber eher spaltet, anstatt sie im Bekenntnis zu gemeinsamen Werten zusammenzuführen. Die wünschenswerte Debatte über die drängenden Zukunftsfragen verkommt zu einem platten Gefecht um Schlagworte, die Hilf- und Konzeptlosigkeit offenbart sich kurz vor Jahresende und dem Übergang in ein neues Jahrtausend. Dabei bleibt die dringend notwendige Fortführung über den Extremismus - von rechts- wie von linksaußen - auf der Strecke. Deutlich geworden ist aber eins: Es hilft niemandem, wenn man jede Gewalttat vorschnell mit dem politischen Etikett „extremistisch“ versieht, um so der Öffentlichkeit den falschen Eindruck von rascher Aufklärung zu vermitteln. Das hat die Debatte um das Bombenattentat von Düsseldorf gezeigt. Ebenso war es voreilig, den Angriff auf einen NPD-Funktionär als linksextremistisch motiviert einzuordnen, am Ende stellte er sich als Beziehungstat heraus. Gegen solche vom Bundesinnenminister kritisierte „Dramatisierung“ spricht auch, dass sie der Resozialisierung der Täter im Wege stehen könnte. Und an die sollte man bei der Verfolgung von Straftaten denken. *Klaus-Henning Rosen*

Hintergrund**Die Hölle vor Gericht**

Vor 25 Jahren begann der Majdanek-Prozess. Die Angeklagten wurden zu milden Strafen verurteilt.

Die Opfer „... mussten sich ‘dachziegelförmig’ in der Laufrichtung der Gräben mit dem Gesicht nach unten so hinlegen, dass sich jeweils das Opfer auf dem Boden und jedes nachfolgende mit dem Kopf auf dem Rücken des unter ihm liegenden Opfers befand.“ Die etwa 100 Mörder waren SS-Leute und Polizisten. Sie schossen den liegenden Opfern ins Genick oder in den Hinterkopf. Die Gräben waren 100 Meter lang, sechs Meter breit und bis zu drei Meter tief. Die Opfer hatten sie selbst ausheben müssen. „Nachdem die Sohle der Gräben mit Leichen gefüllt war, mussten die nächsten Opfer auf die Leichen steigen, eine weitere Schicht von Menschenleibern bilden und sich dann in gleicher Weise erschießen lassen.“

So starben am 3. November 1943 im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek nahe dem polnischen Lublin 18 000 Menschen. Um das Schreien, Stöhnen und Schießen zu übertönen, dröhnte aus eigens dazu aufgestellten Lautsprechern Schlager- und Marschmusik. Insgesamt sind in Majdanek etwa 250 000 Menschen ermordet worden - vor allem Juden, aber auch sowjetische Soldaten, Polen und Angehörige aus 28 anderen Ländern.

Majdanek war das erste Lager, das befreit wurde, und zwar am 22. Juli 1944. Die SS war so überstürzt geflüchtet, dass den sowjetischen Befreiern Gaskammern, Krematorien und alle Baracken unversehrt in die Hände fielen. Im selben Monat begannen die Ermittlungen gegen Angehörige der Wachmannschaft, die nicht hatten fliehen können.

Bereits im November 1944 wurde in Lublin das erste Strafverfahren eröffnet. Zwei der Beschuldigten nahmen sich vor der Verkündung der Urteile das Leben, vier wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weitere Prozesse folgten in Lublin zwischen 1946 und 1948 gegen insgesamt 95 Männer und Frauen. In sieben Fällen erging die Todesstrafe, unter anderen gegen die Kommandantin des Frauenlagers, Else Ehrlich. Die anderen Angeklagten wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

In der Bundesrepublik dauerte es dann fast 30 Jahre, ehe hier das erste Strafverfahren wegen der Verbrechen in Majdanek begann. Das war vor 25 Jahren - am 26. November 1975 vor dem Landgericht Düsseldorf. Bereits 1962 hatte die vier Jahre zuvor auf NS-Verbrechen spezialisierte Staatsanwaltschaft in Ludwigsburg einen Verdächtigen ermittelt: Den Lagerarzt Heinrich Rindfleisch, der als Leitender Angestellter in einem Krankenhaus des Landschaftsverbandes Rheinland arbeitete. Er stand unter Mordverdacht, wurde in Untersuchungshaft genommen, starb dort aber im Juli 1969. Zu dieser Zeit hatte die Kölner Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Lagern bereits etwa 350 Verdächtige ermittelt, von denen aber nur 44 konkret beschuldigt werden konnten. Ehe die Hauptverhandlung im November 1975 beginnen konnte, starben sieben Verdächtige. Kurzum: Am Ende mussten auf der Anklagebank ganze 15 Mordverdächtige Platz nehmen. Neun Männer und sechs Frauen. Kölner Staatsanwälte hatten sich, um es milde zu formulieren, Jahre lang viel Zeit gelassen. Bei polnischen Juristen in Warschau herrschte oft Verwunderung darüber, dass in den Kölner Amtsräumen häufig Bierfässer herumstanden und ein Staatsanwalt während der Karnevalsmonate regelmäßig die Amtsrobe gegen ein jeckes Kostüm eintauschte. Dass es schließlich doch noch zu einer Anklage reichte, ist zwei Männern zu verdanken: Dem Leitenden Oberstaatsanwalt Alfred Spieß, der als neuer Chef der Kölner Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von NS-Verbrechen Dampf machte, und dem jungen Staatsanwalt Wolfgang Weber, der mit Elan an die Arbeit ging und nach kurzer Zeit die Anklageschrift fertig hatte.

■ 250 000 Menschen ermordet ■

Als vor 25 Jahren Landgerichtsrat Günter Bogen die „Sache Hackmann“ - genannt nach dem Hauptangeklagten, dem Leiter des Schutzhaftlagers, Hermann Hackmann - eröffnete, herrschte im Sitzungssaal 111 drangvolle Enge. Gegenüber dem Schwurgericht hatten 45 Personen Platz genommen: die 15 Angeklagten mit je zwei Verteidigern - einem ihrer Wahl und einem aus Düsseldorf, damit sie nie ohne Rechtsbeistand waren. Unmittelbar, nachdem die Anklage verlesen worden war, wurden die Prozessbänke allerdings fast leer und so blieb es lange Zeit. Die meisten Medien hielten es nicht für nötig, regelmäßig über diesen größten und schließlich längsten NS-Prozess zu berichten. Dabei ging es von nun an um den Mord

an etwa einer viertel Million Menschen in nur drei Jahren vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1944. Mehrere hundert Zeugen hatten die Staatsanwälte gefunden - Angehörige der Wachmannschaft und Überlebende. Von den SS-Leuten konnte sich niemand an den täglichen Mord, die Quälereien, das Elend der Gefangenen erinnern. Offensichtlich hatten sie sich untereinander abgesprochen. Oft gaben sie sich patzig, was der Gerichtsvorsitzende Günter Bogen ihnen allerdings nicht durchgehen ließ. Die einzige Ausnahme bildete der Leiter der Hundestaffel, mit der die Häftlinge zusätzlich bewacht wurden. Er hat nach dem Krieg freiwillig und als Sühne in einem Bergwerk und später als katholischer Theologe in einem Heim für geistig Behinderte gearbeitet. Er hat versucht, sich zu erinnern und dem Gericht geholfen, die Wahrheit zu finden.

Ganz anders die Überlebenden. Sie kamen vor allem aus Israel, Polen und den USA, aber auch aus Australien, Kanada, Österreich und weiteren Staaten. Keiner musste nach Düsseldorf kommen und aussagen. Doch die meisten hatten „Ja“ gesagt, obwohl sie wussten, was ihnen bevorstand: Dem Gericht zu schildern, wie sie die Hölle durchlitten hatten und was sie über die angeklagten neun Männer und sechs Frauen sagen konnten. Sie waren ohne Ausnahme so glaubwürdig, dass nach einigen Monaten das Gericht in einem vorgezogenen Urteil drei Frauen und einen Mann freisprach, weil kein Zeuge sie belastet hatte. Später hat mir ein polnischer Zeuge erzählt, er wisse von einem Angeklagten Mörderisches und Gutes. Weil das Gute überwiege, habe er nur das gesagt und damit dem Beschuldigten eine sehr lange Haftstrafe erspart.

■ Schmähungen durch Neonazis ■

Die meisten Zeugen interessierte weniger der Ausgang des Verfahrens. Sie wollten mit jungen Deutschen in Kontakt kommen, um ihnen zu erzählen, was Menschen ihren Mitmenschen antun können, wenn Hass und Überheblichkeit regieren. Sie wurden nicht enttäuscht. Nach einigen Wochen des medialen Schweigens kamen mehr und mehr junge Leute als Zuhörer nach Düsseldorf. Nach einem Blick in den Sitzungssaal mit nunmehr elf älteren Männern und Frauen zwischen ihren Verteidigern befahlen die jungen Leute Zweifel, ob es sinnvoll und gerecht sei, so lange nach der Befreiung noch Prozesse zu führen. Doch meistens bereits in der ersten Verhandlungspause, wenn sie in der Gerichtskantine saßen, waren die Zweifel der Ge-

wissheit gewichen: Solche Verbrechen können nicht vergessen, müssen geahndet werden.

Oft wurden Opfer in Schulklassen eingeladen, in Kirchengemeinden, von Parteien und Gewerkschaften, stets begleitet von Frauen oder Männern aus Düsseldorf und Umgebung, die sich um die Überlebenden kümmerten, ihnen halfen, vor allem die schwere Zeit vor der Vernehmung zu überstehen. Solch eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung hat es wohl nur in den Frankfurter Auschwitzprozessen von 1963 bis 1966 gegeben.

Solche Fürsorge war auch deshalb dringend geboten, weil in keinem anderen NS-Prozess alte und neue Nazis so dreist versucht haben, Opfer zu beleidigen und junge Leute auf ihre Seite zu ziehen. Anlass dazu gaben einige wenige Verteidiger, an ihrer Spitze Ludwig Bock aus Mannheim, Rechtsbeistand der Angeklagten Hildegard Lächert, die im Lager wegen ihrer Grausamkeit „Blutige Brigitte“ genannt wurde. So hat Bock in Israel Überlebenden vorgelogen, er sei NS-Forscher und interessiere sich für Majdanek. Diese infame Methode ist deshalb aufgefliegen, weil eine Zeugin ihn später im Sitzungssaal erkannt und entlarvt hat. 1978 strich Bock seine braunen Segel und bat, als Verteidiger ausscheiden zu dürfen. Oft lagen auf den Bänken vor dem Saal 111 neonazistische Pamphlete und die „National-Zeitung“, was die Opfer selbstverständlich schockierte. Insgesamt aber ist es der Strafammer und den Staatsanwälten Wolfgang Weber und Dieter Ambach gelungen, die Zeugen vor solchen Angriffen und Schmähungen zu schützen.

Bis zum Urteil im Sommer 1981 waren von den Angeklagten noch neun verhandlungsfähig. Das Verfahren endete mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe gegen Hermine Ryan, sieben Zeitstrafen und einem Freispruch. Bei der Verkündung der Urteile kam es im Sitzungssaal sowie vor dem Gerichtsgebäude zu Protesten und Demonstrationen. Sie richteten sich gegen die niedrigen Strafen. Günter Bogen zitterten beim Verlesen der Urteile die Hände, weil es ihm nicht gelungen war, zumindest auch gegen die „Blutige Brigitte“ lebenslang durchzusetzen. Am Tage nach dem Urteilspruch wandte sich der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau im WDR-Hörfunk an die Bevölkerung und forderte sie auf, das Lager, die Opfer und den Prozess nicht zu vergessen. Die Erinnerung an diese historische Strafverfahren zeigt, dass die Worte des amtierenden Bundespräsidenten gewirkt haben.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Rollentausch**

Wie ein KZ-Mörder als Jude untertauchte - Fernsehdokumentation über eine perfide Metamorphose

Jahrzehntelang lebte der KZ-Mörder Günther Reinemer mit einer falschen Existenz. Diese war ihm vom amerikanischen Geheimdienst geschneidert worden. Reinemer verriet im Gegenzug einige hohe NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher, die unter falschem Namen untergetaucht waren, an die Amerikaner. Der falsche Hans-Georg Wagner, so der neue Name Reinemers, hielt aber dennoch bis zu seinem Tod im Jahr 1988 auch engen Kontakt zu ehemaligen SS-Angehörigen und nahm an den Treffen der „Odessa“ (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) teil. Die neue Existenz, die ihm von den Amerikanern verpasst wurde, war perfiderweise die Existenz eines Juden, der dem Holocaust entronnen war.

Wie das Leben des Günther Reinemer als Hans-Georg Wagner nach dem Krieg weiterging, schildert der Film-Autor Egmont R. Koch in seiner Dokumentation „Wagners Geständnis – Wie sich ein KZ-Mörder als Jude tarnte“. Die ARD strahlt diese Dokumentation am Donnerstag, den 4. Januar 2001 um 21.45 Uhr aus. Koch stützt sich in seiner Dokumentation auf die Recherchen von Klaus-Dieter Matschke, der sich als privater Ermittler in Frankfurt/Main auf Wirtschaftsdelikte spezialisiert hatte und Wagner/Reinemer in einem Ermittlungsfall von Industriespionage auf die Spur gekommen war.

Der 1918 in Dresden geborene Reinemer war 1936 der SS beigetreten und kam zu den Totenkopf-Verbänden. Im Jahr darauf war er, noch im Grad eines Staffel-Anwärters, „mit Schande“ entlassen worden, weil er eine falsche Schuldenerklärung abgeben hatte. Zum Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion wird Reinemer, der zuvor bereits im Jahr 1936 aus gesundheitlichen Gründen aus der Wehrmacht entlassen worden war, wieder eingezogen, schon kurze Zeit später wird er bei der Überschreitung des Bug verwundet. Wegen des erlittenen Fußdurchschusses wird er im Februar 1942 aus der Wehrmacht entlassen und stellt kurze Zeit später ein Wiederaufnahmegesuch bei der SS, dem schließlich auch stattgegeben wird.

Im Konzentrationslager Treblinka wird er bald zum Scharführer, später auch zum Oberscharführer befördert und leitet ein Exekutionskommando. Bei der Niederschlagung eines Häftlingsaufstandes im KZ Anfang des Jahres 1944 erschießt sein Kommando allein 110 Häftlinge, weitere 380 Aufständische werden nach der Niederschlagung auf Anordnung der Lagerleitung hingerichtet.

Vor der heranziehenden Roten Armee flieht Reinemer im November 1944 nach Breslau, schließt sich dort einem Infanterieverband an und erhält den Befehl, fahnenflüchtige Soldaten hinzurichten. Er erfüllt den Befehl mit seinem neuen Kommando willig, tötet insgesamt 240 Deserteure. Später fahndet er auch in Liegnitz, Görlitz und Leoben nach Deserteuren und übergibt diese der Gestapo. Im Mai wird er in Bad Soden von den Amerikanern gefangen genommen. Mit einem Schiffstransport von 600 Kriegsgefangenen wird er in die USA gebracht, arbeitet dort zunächst in Pittsburgh in einem Stahlwerk. Wie er in Kontakt mit dem Geheimdienst CIA kam, darüber schweigt er sich in dem umfassenden Geständnis, das auf zahlreichen Tonbändern sowie in mehreren eidesstattlichen Versicherungen dokumentiert ist, vollkommen aus.

Schon im Februar 1946 kommt er zurück nach Frankfurt, wo er die neue Identität erhält und sich zur Stützung dieser Identität sogar beschneiden lässt. So wurde aus dem ehemaligen Oberscharführer und Mörder von jüdischen, polnischen und russischen KZ-Häftlingen sowie von deutschen Deserteuren der Jude Hans-Georg Wagner, der dem Holocaust entronnen war. Zur Wahrung seiner Legende lässt er sich die Blutgruppen-Tätowierung entfernen und sich statt dessen eine erfundene Häftlingsnummer eintätowieren. Mehrere ehemalige NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher werden von ihm an die Amerikaner verraten, bevor er 1948 aus den Diensten der CIA ausscheidet. Ein Jahr später nimmt er Kontakt mit „Odessa“ auf. Diesen Kontakt lässt er auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nicht abreißen, nimmt auch nach seiner Übersiedlung in die venezolanische Hauptstadt Caracas im Jahr 1973 möglichst regelmäßig an den „Odessa“-Treffen teil. Von den „Odessa“-Angehörigen, zu denen er noch lange Zeit Kontakt unterhielt, nennt er unter anderem die Namen von Gruppenführer Rudolf Kretschmar und Obersturmbannführer Herbert Hübner aus Ulm.

Im Jahr vor seiner Übersiedlung hatte er die jüdische Witwe Klara Jakubowicz geheiratet, die er im

Jahr 1968 bei einem Israel-Besuch kennengelernt und mit der seither in Briefkontakt gestanden hatte. Die aus Polen nach Israel emigrierte Frau hatte nahezu ihre gesamte Familie in den Konzentrationslagern verloren. In Caracas ließ sich Reinemer einbürgern, gab sich als gläubiger Jude, war aktives Mitglied der Jüdischen Gemeinde. „Wir hätten uns niemals vorstellen können, dass er kein Jude war und dass er sogar ein SS-Mann war“, sagte Paul Halpern, ein aus der Schweiz stammendes Mitglied der Jüdischen Gemeinde Caracas, nach der Enttarnung der Doppel-Identität Reinemers/Wagners. „Sein Wissen über jüdische Sitten und Gebräuche sowie über das KZ-Leben war perfekt, er verhielt sich nicht anders als wir alle.“

Fünf Tage lang sprach Klaus Dieter Matschke im August 1988 mit Wagner/Reinemer, jedes dieser rund achtestündigen Gespräche mit dem schwer kranken 70-Jährigen wurde auf Tonband aufgezeichnet. Zu einem vereinbarten weiteren Gespräch am 1. September kam es nicht mehr, einen Tag vorher verstarb der Mann, der in Treblinka Juden ermordet hatte und später selbst die Identität eines Juden angenommen hatte. Für seine Witwe bestand an dieser Identität zunächst auch kein Zweifel. Auf ihre Anweisung hin erhielt Wagner/Reinemer ein jüdisches Begräbnis, bis heute liegt sein Leichnam auf dem jüdischen Friedhof von Caracas.

Monate später informierten Matschke und seine Auftraggeber den Rabbiner von Caracas. Matschke hatte zuvor in Deutschland und Israel die Angaben Wagners/Reinemers überprüft und sie nahezu vollständig bestätigt gefunden. Der Rabbiner wandte sich an die Witwe, um ihre Zustimmung zur Umbettung des Toten zu bekommen. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, unter denen sich die wahre Identität Reinemers gerüchteweise verbreitet hatte, hatten den Rabbiner aufgefordert, die Leiche des Deutschen vom Friedhof zu entfernen. Die Witwe erlitt seinerzeit einen Schock, als der Rabbiner ihr von der wahren Identität ihres verstorbenen Ehemannes berichtete. Sie schenkte den Berichten schließlich aber keinen Glauben. Erst durch die Arbeiten von Filmautor Koch, der der Witwe entsprechende Unterlagen aus dem Archiv Matschkes präsentierte und ihr auch Tonbänder mit den Geständnissen präsentierte, ließ sich die Witwe überzeugen. Das zuvor bedingungslose Vertrauen in ihren verstorbenen Mann schlug unvermittelt in Hass um. „Wenn er damals nicht gestorben wäre“, sagt sie in dem Film, „würde ich ihn heute umbringen.“

Eberhard Löblich

Demokratische Initiativen

Vorbildliche Arbeit

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus könne es nicht nur ein NPD-Verbot geben, sondern es müssten Projekte vor Ort gestützt werden, betonte der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel bei der Einweihung des Jugend-Denkmals „Denk-mal-nach-Trabbi“ am 4. Dezember in Milnersdorf in der Uckermark. Das Jugend- und Kulturzentrum „Bruchbude“ e.V. begann damit seine Aktionswoche zum Thema „Fremd sein - Freund sein“. Unter anderem wurden Texte und Exponate von Schülern aller Altersklassen in eine Ausstellung integriert, die sich mit der Bedeutung von „Fremd sein“ auseinandersetzt. Der SPD-Parlamentarier Sebastian Edathy ermunterte die jungen Menschen bei der Ausstellungseröffnung, sich weiter mit dem Gedanken der Andersartigkeit auseinanderzusetzen, keine Angst vor der Vielfalt zu haben, sondern mehr vor der Einfalt, so Edathy.

Dass in der „Bruchbude“ professionelle Jugendarbeit geleistet wird, davon konnten sich die Teilnehmer der anschließenden Runde, darunter neben örtlichen Funktionsträgern die SPD-Abgeordneten Hans-Werner Bertl, Lilo Friedrich, Kerstin Griese und Christine Lehder, überzeugen. Für den Leiter der Projektstätte, Filippo Smaldino, liegt die Maxime in der Erziehung zum demokratischen Handeln, auch bei der rechtsorientierten Klientel. Dabei würden den Rechten jedoch „klare Grenzen gesetzt“, betont der diplomierte Sozialpädagoge. Und das mit Erfolg, die rechte Jugendkulturlandschaft dort habe sich seit dem Beginn 1997 verändert.

Der Jugendverein wurde für sein erfolgreiches Engagement im Dezember 1999 von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit dem Preis „Demokratie Leben“ ausgezeichnet. Hans-Jochen Vogel (SPD) hob in einem Statement vom 5. November die in Milnersdorf „in hervorragender Weise“ geleistete Jugendarbeit hervor. So vorbildlich die Arbeit der „Bruchbude“ ist, ist sie doch ständig von Finanzsorgen begleitet. Heute hat sich die Situation noch verschlechtert, da das Land und die kommunalen Träger die Mittel so drastisch gekürzt haben, dass möglicherweise die Schließung droht. Der Verein will einen Förderkreis ins Leben rufen, um die Finanzierung der qualifizierten sozial-pädagogischen Arbeit der „Bruchbude“ zu sichern. **G.N. Kontakt: Jugendverein „Bruchbude“ e.V., Filippo Smaldino, Dorfstraße 11a, 17268 Milnersdorf, Tel./Fax. 039886/5580; Bruchbude@t-online.de**

Demokratische Initiativen**Ein Aufbruch****Der Kongress „Steh auf gegen Rechts“ gab viele Denkanstöße**

Um es vorwegzunehmen: Die meisten Teilnehmer fuhren recht zufrieden vom Stendaler Kongress „Steh auf gegen rechts!“ des Ostforums der Sozialdemokratie nach Hause. Der eine hatte die vielen überzeugenden Argumente der Podiumsdiskussion im Block, der andere brachte praktische Anregungen und Ideen für die tägliche politische Arbeit nach Hause - die Veranstaltung ist rundum gelungen. 800 waren der Einladung gefolgt, zwei Drittel kamen aus Schulen, Jugendklubs und -gruppen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte eine Grußbotschaft geschickt, in der er an die Demonstration der 200 000 in Berlin erinnerte und feststellte: „Dieser Aufstand der Anständigen muss fortgesetzt werden.“ Es dürfe nicht zugelassen werden, „dass sich rechtsradikale Banden das Recht nehmen wollen, bestimmen zu können, wer in diesem Lande unbehelligt leben darf und wer nicht“.

Für Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe, den Vorsitzenden des Ostforums, erfordert das vor allem, Ursachen anzugehen und Wurzeln zu beseitigen, die ganze Vielfalt der Methoden und Motivationen der Mitstreiter zu einem Netzwerk des Anstandes zu verknüpfen. Ministerpräsident Reinhard Höppner informierte über das von seiner Landesregierung ausgearbeitete „Handlungskonzept für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt“. Letzter Anstoß dafür war das Ergebnis der Landtagswahl 1998, als die DVU 12,9 Prozent der Stimmen verbuchte. Das Konzept umfasst Maßnahmen zur Prävention, zur Ahndung rechtsextremistischer Straftaten und zur Unterstützung gesellschaftlicher Gruppen, zum Beispiel durch den Verein „Miteinander e.V.“, der sich der Vernetzung bestehender Initiativen für Demokratie und Toleranz widmet und namentlich im ländlichen Raum, wo es bisher an Aktivitäten mangelt, Serviceangebote unterbreitet.

In seiner Rede setzte sich Höppner sachlich mit ausländerfeindlichen Thesen der Rechten auseinander, so mit der Behauptung, „die“ nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Allein im Rahmen der Landesförderung seien in Sachsen-Anhalt 170 ausländische Unternehmen erfasst, die 30 000 Arbeits-

plätze geschaffen haben. Jeder siebte Arbeitsplatz hängt von ausländischen Investoren und Märkten ab. Demgegenüber arbeiten im Lande nur 5 400 Ausländer. Als „heißes Eisen“ führte er an, dass die nicht nur an den Stammtischen gepflegte Ossi-Wessi-Debatte klare Züge von Ausländerfeindlichkeit trage. Wenn sich immer noch 80 Prozent der Ostdeutschen als Deutsche zweiter Klasse fühlen, sei das ein Alarmzeichen.

Neonazistisches und antisemitisches Denken sei kein Jugend- oder Ostproblem, sagte Gregor Gysi. Das gebe es in Ost und West, bei Alt und Jung gleichermaßen. Im Osten komme es aber bei jungen Leuten schneller zur Anwendung von Gewalt. Es müsse eine Atmosphäre der gesellschaftlichen Ächtung von Intoleranz und Gewalttätigkeit geschaffen werden. In diesem Kontext mache ein NPD-Verbot Sinn. Auch Michael Friedman, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, forderte wieder eine klare Orientierung in der Gesellschaft. Was die Würde des Menschen bedroht und zerstört, dürfe nicht noch gefördert, es müsse bekämpft werden. Ein NPD-Verbot müsse da Zeichen setzen. Der Aufstand der Anständigen, der Polizei, der Justiz, der Staatsmacht. Aufdecken statt zudecken, hinsehen statt weggucken sei nötig. Scharf wies Friedman die Entschuldigung für feige Gleichgültigkeit zurück, der Einzelne könne doch nichts tun. Bundesministerin Christine Bergmann informierte darüber, dass in ihrem Bereich die Mittel für Projekte zur Förderung von Miteinander und aktiver Menschlichkeit im Kampf gegen rechte Gewalt und Ausländerfeindlichkeit aufgestockt worden sind. Man müsse den Menschen Mut machen, runde Tische an den Schulen bilden, mobile Teams schaffen, die raten und helfen.

Ganz konkret wurde es in den acht Workshops zu Themen wie Arbeitswelt, Schule/Bildung, Toleranz/Zivilcourage, Religion/Schicksalsgemeinschaft. Die Berichterstattung der Gruppen machte die Vielgestaltigkeit der Thematik deutlich: dass man Zivilcourage lernen und üben muss, dass man auch mit gemeinsamem Gesang und Theaterspielen, mit gemischten Sportmannschaften, mit Ausstellungen und Internetpräsentationen das Miteinander fördern kann. Die Diskussion verdeutlichte auch Defizite. So wurde ein teilweise erschreckend niedriger Wissensstand über Zeit und Politik des Nazireichs festgestellt. Sprecher jüdischer Vereinigungen beklagten Auswirkungen und Gedankenlosigkeit in der Nahostberichterstattung mancher deutscher Medien.

Ralf Bachmann

Demokratische Initiativen

Aus Fehlern gelernt

Die Wehrmachtsausstellung wird in ihrer Neufassung thematisch die verschiedenen „Verbrechentypen“ behandeln.

Beim zweiten Aufguss der vor einem Jahr gestoppten Ausstellung dürfe nicht wieder der Eindruck entstehen, sie stelle sich auf ein „Plateau avancierter Zivilität“ und blicke hinab in eine archaische Zeit, in der keine Regeln gegolten hätten, sagte Jan Philipp Reemtsma auf der Pressekonferenz in Hamburg Ende November. Zugleich bedauerte er „Fehler und Mängel“ der alten Ausstellung ausdrücklich. „Die Neufassung wird an Stelle der Präsentation einzelner Großschauplätze die Dimension der unterschiedlichen Verbrechen zeigen.“ Den verschiedenen „Verbrechentypen“ sollen einzelne Kapitel und Räume gewidmet werden: Völkermord, Hungerpolitik, Partisanenkrieg, Kriegsgefangene, Repressalien und Deportationen sind die geplanten Themen überschrieben. Dazu soll die Rezeptionsgeschichte der alten Ausstellung in der neuen gebührend berücksichtigt werden.

Die Verantwortlichen des Hamburger Instituts für Sozialforschung betonten, aus ihren Fehlern gelernt zu haben. Die von Reemtsma privat finanzierte Einrichtung will den Folgerungen aus dem Bericht der Historiker-Kommission Rechnung tragen. Kritiker wie der polnische Historiker Bogdan Musial, hatten den Ausstellungsmachern Unstimmigkeiten bei einigen Texten und Fehler bei der Zuordnung von Bildern nachgewiesen. In der Folge der Kritik, der sich Experten wie Krisztián Ungváry und Jörg Friedrich angeschlossen hatten, war die achtköpfige Historiker-Kommission eingesetzt worden.

Die Kommission hat dem jungen 15-köpfigen Institutsteam mit den Sprechern Ulrike Jureit und Christoph Bitterberg (beide Jahrgang 1964) an der Spitze empfohlen, die Neupräsentation nicht nur an der Kritik am Vorläufer, sondern auch an den neuesten Forschungsergebnissen und Debatten auszurichten. Das Zentrum der Kritik betraf die Argumentationsweise der Ausstellung: zu plakative und inhaltsverkürzende Überschriften, Zusammenfassungen, Pauschalierungen und das Versäumnis, den Vernichtungskrieg als arbeitsteiligen Vorgang gekennzeichnet zu haben. Auch bei der Darstellung einzelner Tatorte war es zu mangelnder Differen-

zierung gekommen. Ein weiteres Versäumnis: Die nicht angemessene Würdigung des Widerstands gegen die Politik des Vernichtungskriegs.

Auf die Fehler und Unterlassungen, die begangen worden sein, werde man reagieren, versprach Reemtsma, der noch einmal alle Vorwürfe gegen die Ausstellung detailliert auflistete. Die Neufassung müsse darlegen, so seine Forderung, „wie die zeitgenössischen Gesetze und Gewohnheiten waren und sie mit den Befehlen und Verordnungen konfrontieren, die diese außer Kraft setzten“. Es sei wichtig, diesen Mechanismus zu vermitteln, betonte er, um die so eröffneten Befehlssituationen und Handlungsspielräume zu verdeutlichen, in denen jene Destruktivität freigesetzt wurde, die für den Vernichtungskrieg kennzeichnend war.

Ein wichtiger Aspekt der zweiten Auflage, deren Titel erneut die Begriffe „Vernichtungskrieg“ und „Verbrechen“ tragen wird, wird die Diskussion über „Fotos als Quelle“ historischer Ereignisse sein. „Dieses Thema wird einen eigenen Ort in der Ausstellung haben, um diesbezügliches Problembewusstsein zu schaffen“, erläuterte Reemtsma. Es werde keine unkommentierten oder zusammengeführten Bildsequenzen mehr geben, „da die Erfahrung gezeigt hat, dass dies den Besucher zu allzu freien Assoziationen verleitet“.

Nachdem sich bei der Präsentation des neuen Konzepts Ulrike Jureit mit einem Vortrag über den Genozid an den russischen Juden anhand des Beispiels „Massaker in Babij Jar“ am 29. und 30. September 1941 profiliert hatte, kam der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel zu Wort, Mitglied des beratenden Kuratoriums. Vogel, der selbst als Soldat am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte, betonte, dass er die Grundthese der alten Ausstellung von der Teilnahme einer Reihe von Soldaten und Offizieren der Wehrmacht an den Verbrechen weiter für „stimmig“ halte. Zugleich ärgerte er sich über die Fehler der Ausstellung und über den zum Teil überheblichen Umgang mit den Kritikern, die den grundsätzlichen Gegnern der Schau unnötige Munition geliefert hätten.

Der Sozialdemokrat zollte dem Institut Respekt: „Wie dort Fehler eingeräumt und daraus gelernt wurden, ist nicht alltäglich in unserem Land.“ Dennoch wird der Streit um die Ausstellung weiter gehen. Der Historiker Ungváry eröffnete die nächste Runde. Er warf in der „Berliner Zeitung“ der Überprüfungskommission „parteiisches und ungenaues“ Arbeiten vor.

Volker Stahl

Aktivitäten**Selbstauflösung**

Der „Stahlhelm“ führte regelmäßig Wehrsportübungen durch und schulte auch Kinder und Jugendliche an Waffen.

Die Ortschaft Jork im Landkreis Stade ist als Heimat des guten Geschmacks und Mekka des Obstbaus bekannt. Jetzt kann jedermann wieder beim Wörtchen „Jork“ das Wasser im Mund zusammenlaufen, kein schaler Beigeschmack bleibt. Denn die Zeiten sind vorbei, in denen der „Stahlhelm“ in Jork neben einem von zwei deutschen Schulungszentren seine Bundesgeschäftsstelle betrieb. Wegen angeblichem massiven öffentlichen und politischen Druck wurde unlängst die Selbstauflösung der Gruppierung beschlossen.

Dass Jork seit 1983 zum Zentrum der deutschen „Stahlhelm“-Aktivitäten geworden war, hatten war Günter Drückhammer und Sohn Kai-Uwe zu verantworten. Ersterer amtierte seit 1996 als Bundesführer. Der Filius war Landesführer für Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Er sollte 2001 der Nachfolger seines Vaters als Bundesführer werden. In einem internen Rundschreiben unterstrich Kai-Uwe Drückhammer, der „Stahlhelm“ strebe das „vereinte Europa der Vaterländer, im Sinne von Adenauer, und nicht das Europa der Völkermischung im Sinne der SPD an“. Verlangt wurde „die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen“, und das sind laut niedersächsischem Verfassungsschutz aus Sicht des „Stahlhelm“ die Grenzen des nationalsozialistischen „Großdeutschen Reiches“.

Nach Angaben des Landesamtes und auch nach Aussagen von Nachbarn des Schulungsheims in einer ehemaligen Scheune an der Straße Klein-Hove richtete der ultrarechte Zusammenschluss regelmäßig Wehrsportübungen aus. Das umzäunte, von hohen Tannen umgebene Schulungszentrum auf einem 2 200 Quadratmeter großen Areal verfügte sogar über einen eigenen Schießstand.

Wer sich bei den militärischen Übungen besonders wacker schlug, dem wurden von Günter Drückhammer oder Sohn Kai-Uwe Auszeichnungen an die Brust geheftet. Der Funktionär Stefan Bliesmer kann sich seit 1998 sogar mit dem „Wehrsportkreuz“ des „Stahlhelm“ schmücken. Bliesmer stammt aus der Tostedter Skinhead-Szene und war

aktiv bei der 1995 verbotenen neonazistischen FAP. Er erhielt das Kreuz wahrscheinlich nicht zufälligerweise am 20. April, dem Geburtstag von Adolf Hitler. Denn der Geburtstag und der Todestag von Hitler wurden im Mitteilungsblatt als besondere Gedenktage aufgeführt.

Auch auf junge Menschen soll der „Stahlhelm“ gerade in jüngster Zeit ein besonderes Auge geworfen haben. Der Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche dienten vor allem die Unterorganisationen „Jugendkorp Scharnhorst“ und der „Jungstahlhelm“. Für die bundesweite Jugendarbeit sorgte ebenfalls Kai-Uwe Drückhammer, ein ehemaliger Oberfeldwebel der Bundeswehr. Dabei sollen einem Bericht des Rundfunksenders „Hit Radio Antenne“ zufolge nicht zuletzt günstige Bierpreise ein überzeugendes Argument gewesen sein. Die Manipulation von Minderjährigen beunruhigte auch den niedersächsischen Verfassungsschutz. Dessen Präsident Rolf Peter Minnier sah die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche „schon sehr früh an Gewalt und Waffen gewöhnt“ werden. Und weiter: „Die Hemmschwelle, beides zu nutzen, wird so gesenkt. Bedenklich wird es erst, wenn das dann noch ideologisch überwölbt wird.“ Aus dieser Kombination könne ein Potenzial heranwachsen, „das Gewalt auch anwendet“.

Der „Stahlhelm“-Landesverband Saar und Pfalz reihte sich im Frühjahr 1999 in ein „Aktionsbündnis gegen die Anti-Wehrmachtausstellung“ in Stuttgart ein. Das Bündnis, unter anderem von der Skinhead-Formation „Blood&Honour Saar“ unterstützt, war maßgeblich von der NPD und ihrer Nachwuchstruppe JN geschmiedet worden.

Bezeichnend sind auch die vom „Stahlhelm“ nicht geleugneten Kontakte zu dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. 1999 traf sich Rieger, auch Leiter der rassistischen „Artgemeinschaft“ mit dem stellvertretenden „Stahlhelm“-Bundesführer Hans-Jürgen Hertlein, seines Zeichens Landesführer der pfälzischen Dependence der „Artgemeinschaft“, um über eine gemeinsame Marschroute zu reden. Inzwischen sollen sich die beiden allerdings verkracht haben. Hertlein leitete zugleich das - neben dem Franz-Seldte-Haus in Jork - zweite „Stahlhelm“-Schulungszentrum. In der Nähe von Altenglan in Rheinland-Pfalz hatte das Schulungsheim „Pfälzer Wald“ seinen Sitz. Übrigens: Die Selbstauflösung des „Stahlhelm“ betraf nicht dessen Landesbände Pfalz und Flandern (Belgien), die weiter bestehen.

Thomas Klaus

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 46-49/2000: JF-Chefredakteur Dieter Stein befürchtet in der „Leitkultur-Debatte“, dass die Union nicht den damit verbundenen Schwung nutzen und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl fordern wird. Zu einer „konsequenten Ausländerpolitik“ sei die CDU nicht willens, meint Stein (46/00). Klaus Motschmann bemüht Nietzsche bei der Definition dessen, wie der Deutsche sein wolle und beklagt die „strengen Leitlinien unserer ideologisch fixierten linken Leitkultur“. Die Union gelähmt sieht Alexander Schmidt. Sie dürfe einerseits Paul Spiegel nicht wegen dessen Rede und Kritik an der Union bei der Berliner Demonstration am 9. November angreifen, weil „der Vorsitzende des Zentralrats ein Tabu bildet“. Andererseits habe der Zentralratsvize Michel Friedman seinen Einfluss in der Union durch angebliche Drohung mit Parteiaustritt, der „aus parteipolitischen Erwägungen nicht gewollt“ sei, ausgebaut (47/00). Ein „Klima der Bspitzelung und Gesinnungsschnüffelei, gerichtet gegen Unzufriedene, Kritische und Nachdenkliche“, die sich „nicht mit der Masse der Zufriedenen und Bedenkenlosen (gemeint sind die Demonstrierenden vom 9. November) in eine Reihe gestellt“ hätten, beklagt Angelika Willig (47/00). Die NPD als Bauernopfer der Kampagne gegen Rechts sieht Claus-M. Wolfschlag und warnt, dass die folgenden „Bauernopfer DVU oder Republikaner heißen“ könnten. Breiten Raum eingeräumt wird in der Ausgabe dafür dem Neonazi und Ex-Führungsfunktionär der NPD, Steffen Hupka, der im Interview mit Dieter Stein seine - verfassungsfeindlichen - politischen Ziele definiert - und dabei natürlich Kreide geschluckt hat (47/00). Behauptet wird ein vom Bundesinnenministerium festgestellter Rückgang der rechtsextrem oder fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten, was das „Feindbild des bösen Rechts“ und die Anklage gegen die NPD zusammenbrechen lassen lasse. Hierzu wird allerdings angemerkt, dass die aktuellen Zahlen des Bundesinnenministerium eindeutig eine Zunahme der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten um 19 Prozent und der rechtsextremen Gewalttaten um sieben Prozent konstatieren (48/00). Die Vorkommnisse in Sebnitz interpretiert Dieter Stein als willkommenen Anlass, die „Kampagne gegen Rechts“, die im Kielwasser des Düsseldorf Bombenanschlags „angezettelt“

worden sei, „moralisch in sich zusammen“ brechen zu lassen (49/00). Klaus Hornung bewertet die einwanderungspolitischen Vorstellungen der Grünen als „Ausdruck des hier herrschenden nationalen Selbsthasses, einer Schuld- und Sühnekultur“. Begriffe wie Leitkultur und Integration dienten „bei dem Unternehmen zur deutschen Selbstabschaffung“ dem Zweck, die Bevölkerung zum Stillhalten zu veranlassen (48/00). Dem Berichterstatter über den REP-Parteitag fällt auf, dass die drei bayerischen REP-Rauten im Parteologo durch den staufischen Löwen von Baden-Württemberg ersetzt wurden. Im Folgeheft wird aber gleich Entwarnung gegeben, das neue Löwenlogo sei nur für die Landtagswahl 2001 kreiert worden. Dokumentiert ist in der JF Jörg Haiders Rede, die er Anfang Oktober bei dem Veteranentreffen auf dem Ulrichsberg in Kärnten gehalten hat. Weil man es mit der „Faschismuskeule“ bisher nicht geschafft habe, Jörg Haider - „für die heimischen Gutmenschen seit nahezu 15 Jahren der Böse“ - mundtot zu machen, versuche man es jetzt mit der (Polizei-)Spitzelaffäre, empört sich Andreas Mölzer (48, 49/00). Der Wehrmachtausstellung gegenüber, die mit einer neuen Konzeption nächstes Jahr wieder gezeigt werden soll, wird der Fälschungsvorwurf aufrecht erhalten, von den Gutachtern sei kein neutrales Urteil zu erwarten gewesen (48/00). (gn)

Auszeichnung

Berlin - Mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille hat die Internationale Liga für Menschenrechte am 10. Dezember den Verein Opferperspektive, die Brandenburger Flüchtlingsinitiative und den Journalisten Frank Jansen, Redakteur des Berliner „Tagesspiegel“, für ihr engagiertes Eintreten gegen rechte Gewalt ausgezeichnet. Der Carl-von-Ossietzky-Preis wird seit 1962 für besondere Verdienste um die Menschenrechte vergeben. Preisträger sind unter anderen: Günter Grass, Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer, Heinrich Böll, Martin Niemöller.

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2001.

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint dann wegen der Weihnachtspause wieder am 11. Januar 2001.

Bücherschau**Vergessenes Lager**

In den Listen, die die Konzentrations- und Vernichtungslager aus der Zeit des Nationalsozialismus verzeichnen, taucht es nicht auf: das so genannte Jugendschutzlager Uckermark. Doch mittlerweile gibt es eine Reihe von Initiativen, dieses Lager und seine besondere Geschichte ins Bewusstsein zu rücken und den Opfern zumindest mit Verspätung ein würdiges Gedenken zu bereiten.

Einen wichtigen Beitrag zur Wiederentdeckung kann dabei ein kürzlich erschienen Buch leisten: „Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark“ dokumentiert anhand von Aufsätzen zur Entstehung des Lagers, Erinnerungen von Überlebenden sowie Beiträgen zur möglichen künftigen Umwandlung des Areals zu einem Gedenkort dieses fast vergessene Stück Geschichte.

Im so genannten Jugendlager, das die Herausgeberinnen in ihrem Buchtitel treffender als „Mädchenkonzentrationslager“ bezeichnen, wurden zwischen 1942 und 1945 zirka 1.200 Mädchen und junge Frauen im Alter von 14 bis 19 Jahren gefangen gehalten. Die Mehrzahl dieser Jugendlichen galt im NS-System als „asozial“, „kriminell“ und „unerziehbar“, wobei ihre konkreten „Verfehlungen“ allein darin bestanden, etwa den Dienst beim „Bund Deutscher Mädchen“ verweigert zu haben oder mit „Fremdvölkischen“ befreundet gewesen zu sein.

Neben diesen zumeist von der Fürsorgeerziehung eingewiesenen jungen deutschen Frauen wurden auch slowenische Mädchen ins Jugendkonzentrationslager Uckermark verschleppt; sie beziehungsweise ihre Familien waren aktiv im Widerstand gegen die deutsche Besetzung in Österreich und Jugoslawien gewesen.

Noch in den 50-er und 60-er Jahren galt in der Bundesrepublik das System der NS-„Jugendschutzlager“ als positives Beispiel für die Bewahrung schwer erziehbarer Jugendlicher. Erst in den 70er Jahren, so schreiben die drei Herausgeberinnen, setzte sich die Einsicht durch, dass diese Einrichtungen Konzentrationslager waren.

Drastischer als jeder Versuch einer historischen Gesamtschau wirken bis heute die Schilderungen derer, die Tyrannei, Hunger, Folter und Zwangsarbeit in KZs überlebt haben. So stellen auch in dem Sammelband die Zeitdokumente der damals gefangen gehaltenen jungen Frauen die eindrucksvollsten Abschnitte des Buches dar.

Am 20. November hatten die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis und der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus zur Buchpräsentation und Lesung in das Berliner Willy-Brandt-Haus geladen. Die Herausgeberinnen Katja Limbächer, Maike Merten und Bettina Pfefferle konzentrierten sich in ihrer Lesung so auch auf diese Teile des Buches. In Anwesenheit von Überlebenden des KZ Ravensbrück und auch zweier ehemaliger Gefangener des Mädchenkonzentrationslagers Uckermark gaben sie die erschütternden Erinnerungen einer Österreicherin und einer Slowenin wider, die in diesem „Jugendschutzlager“ schwerste physische und psychische Beschädigungen erlitten.

Die Geschichte des Mädchen-Konzentrationslager erfuhr 1945 noch eine weitere schlimme Wendung: Auf einem Teil des Areals wurde ein Vernichtungslager eingerichtet, in dem kranke, ältere und verletzte Gefangene aus dem nahe gelegenen KZ Ravensbrück ermordet wurden. 209 junge Frauen aus dem „Jugendschutzlager“ wurden zu dieser Zeit als Häftlinge nach Ravensbrück überführt. Ein Teil der jugendlichen Insassinnen kam Anfang 1945 frei.

Mit dem Ende des Krieges und der Befreiung der Lager nahm die Rote Armee das Areal in Beschlag. Bis 1990 war es nicht frei zugänglich. Ehemalige Gefangene des KZ Ravensbrück und seiner Außenlager trafen sich allerdings unabhängig davon ab 1975 regelmäßig. 1981 etwa kamen überlebende Sloweninnen, die im Sonderblock des Lagers Uckermark gefangen gewesen waren, in Ljubljana zusammen und beschlossen bei diesem Treffen, eine möglichst vollständige Liste mit den Namen aller ehemaligen Häftlinge des Sonderblocks zu erstellen.

Seit 1991 finden keine gesonderten Zusammenkünfte mehr statt; die überlebenden Sloweninnen beteiligen sich seitdem an den Begegnungen aller Überlebenden des Lagers Ravensbrück. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis war es auch, die nach dem Abzug der GUS-Truppen eine Gedenktafel auf dem ehemaligen Lagergelände mit dem Text „Ihr seid nicht vergessen“ aufgestellt hat.

Entschädigungszahlungen hat bis zum heutigen Tag keine der früheren Gefangenen erhalten. Ob es am Ort der Untaten eine dauerhafte Gedenkstätte geben wird, ist ungeklärt. Es wäre wohl an der Zeit, an dieser Stelle ein kleines Stückchen Wiedergutmachung zu leisten.

Gudrun Giese
Katja Limbächer, Maike Merten, Bettina Pfefferle (Hg.),
Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, Unrast-
Verlag, Münster 2000, 29,80 Mark

Bücherschau

US-spezifische Rechte

In den USA besteht ebenso wenig wie in der Bundesrepublik Deutschland eine eigenständige Rechtsextremismusforschung. Zwar existiert eine Vielzahl von Veröffentlichungen zur dort ältesten rassistischen Organisation, dem „Ku Klux Klan“, an breiter angelegten Darstellungen zum dortigen Rechtsextremismus mangelt es bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Lipset/Raab). Im deutschsprachigen Raum erschienen nur wenige eher journalistische Bücher zum Thema. Allein von daher verdient von dem Politikwissenschaftler Thomas Grumke vorgelegte Arbeit mit dem schlichten Titel „Rechtsextremismus in den USA“ Interesse. Sie fragt nach der besonderen Ideologie dieses politischen Lagers, nach den Hauptakteuren in Form von Personen und Organisationen, der Stellung und Verwurzelung des Rechtsextremismus in der amerikanischen Gesellschaft und den dies begünstigenden individuellen und gesellschaftlichen Aspekten.

Entlang der Fragestellungen strukturiert Grumke auch seine Darstellung. Nach Ausführungen zu Definitionen, Erkenntnisinteresse, Methode und Forschungsstand widmet er sich dem kulturellen Fragenkomplex mit der Darstellung der rechtsextremen Ideologien, die in der „Christian Identity“, den amerikanischen Nationalsozialismus und dem „dritten Weg“ gesehen werden. Der strukturelle Fragenkomplex befasst sich dann mit Organisationen und Personen, also den „Christian Identity“-Kirchen, den amerikanischen Nationalsozialisten, der „White Aryan Resistance“, der „World Church of the Creator“ und den rechtsextremistischen Milizen und Skinheads sowie dem „Ku Klux Klan“. Und schließlich beschäftigt sich der Autor im analytischen Fragenkomplex mit der gesellschaftlichen Bedeutung und Verwurzelung des amerikanischen Rechtsextremismus, die er einerseits in der extremsten „reaktionären“ Interpretation der Elemente der amerikanischen politischen Kultur und andererseits in der Akzeptanz und Verinnerlichung von Gewalt als Mittel sieht. Entsprechend geht Grumke in seiner Analyse davon aus, dass gegenwärtig in den USA ein ideologisch wie organisatorisch weitgehend eigenständiger Rechtsextremismus existiert, der sich vor dem Hintergrund spezifischer gesellschaftlicher, kultureller sowie rechtlicher Strukturen in der amerikanischen Gesellschaft etablieren konnte.

Der Autor liefert mit dem Buch die versprochene systematische Gesamtdarstellung zum Rechtsextremismus in den USA und kann sich dabei auf zahlreiche Primärquellen stützen. Darüber hinaus führte er zahlreiche Interviews mit Angehörigen dieses politischen Lagers durch und wertete sie für die erwähnten Fragenkomplexe systematisch aus. Grumke beschränkte seine Informationen auch nicht auf derartige Quellen, sondern bezog sich auch auf zahlreiche andere Informationen, wozu insbesondere die Analysen der gegen den Rechtsextremismus gerichteten privaten Einrichtungen in den USA gehören. In der Gesamtschau legt er damit eine gute beschreibende wie systematisierende und analysierende Arbeit zum Rechtsextremismus in den USA vor. Insbesondere im Bereich der gesellschaftlichen Bedeutung und Verankerung dieses politischen Lagers bleiben aber noch viele Fragen offen, was vom Autor auch nicht abgestritten wird, versteht er seine Studie doch nicht als Abschluss zum Thema sondern als Anstoß zur Erforschung des amerikanischen Rechtsextremismus.

Seine zentrale These verdient hier allerdings noch nähere Aufmerksamkeit: die Behauptung der Eigenständigkeit des untersuchten politischen Phänomens. Insbesondere zwei Aspekte sprechen dafür: die stark christlich-fundamentalistische Prägung und die anti-etatistische Ausrichtung. Insbesondere der letzt genannte Aspekt unterscheidet den amerikanischen vom deutschen beziehungsweise europäischen Rechtsextremismus, der sich für einen starken und zentralen Staat ausspricht. Hier lassen sich tatsächlich spezifische amerikanische Politikvorstellungen als Hintergrund für die Besonderheit behaupten. Auch für Organisationen wie den „Ku Klux Klan“ oder die Milizen gilt diese Aussage. Sie trifft allerdings nicht auf die Neonazi-Gruppen und die Skinheads zu. Bei ihnen handelt es sich um Formen des Rechtsextremismus, die man in vielen westlichen Industriegesellschaften findet. Ähnliches gilt für andere gewaltbereite Gruppierungen. Zur Begründung der These von der Eigenständigkeit des amerikanischen Rechtsextremismus wäre auch ein Vergleich mit dem europäischen Rechtsextremismus hinsichtlich der Faktoren Geschichte, Ideologie und Organisation sinnvoll. Trotz dieser kritischen Einwände dürfte Grumkes Arbeit aufgrund der inhaltlich breiten Anlage für längere Zeit wohl die wichtigste deutschsprachige Veröffentlichung zum Rechtsextremismus in den USA sein.

Armin Pfahl-Traugher

Thomas Grumke, Rechtsextremismus in den USA, Op-laden 2001 (Leske + Budrich), 275 S., 36,- DM

Meldungen**Inland**

■ **Bärenstein** - Einer der umtriebigsten Rechts-extremisten im Internet ist Jens Lehmann aus Bärenstein in Sachsen, „Netzmeister“ der NPD in Dresden. Lehmann ist unter anderem Verantwortlicher für die braunen Internetseiten „Heimatschutz“, „Kulturkammer“, „Sachsenkraft“ und „Sachsenstimme“. Der Neonazi, der auch die Tarnnamen „Germania-Ostfront“ und „Völkischer Beobachter“ benutzt, bezeichnet den industriell betriebenen Massenmord an den Juden Europas als „Entkrummnasifizierung“.

■ **Berlin** - Die Selbstaflösung des Skingirl Freundeskreises Deutschland (SFD) ist nun auch im Internet vollzogen. Unter der bisherigen Internetadresse ist nur noch eine einzige Seite zu finden, die lapidar mitteilt, dass es für diese Auflösung wichtige Gründe gebe, auf die nicht näher eingegangen werde. Einer dieser wichtigen Gründe der „besseren Hälfte ihrer Männer“ soll, so ein hämischer Nachruf des Freien Infotelefon Norddeutschland (FIT), Angst nach einer Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit dem Verbot von Blood&Honour Deutschland sowie einem Anwerbeversuch des Staatsschutzes gewesen sein. Übrig geblieben von der auf Stella Paul registrierten Internetpräsenz des SFD, auf die unter anderen das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ hingewiesen hatte, ist der Verweis auf weitere rechtsextreme Frauenorganisationen, darunter die zum Umfeld des Hamburger Nationalen Widerstands zählende „Deutsche Mädelschar“, die im Internet mit einem überarbeiteten BDM-Plakat aus dem 3.Reich für sich wirbt, der Bund Heimmattreuer Frauen oder die über eine Emailadresse in der Schweiz erreichbare „Gemeinschaft deutscher Frauen“ (GdF).

■ **Berlin** - Der Büroleiter der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, Lothar Ulsamer (48), pflegte in der Vergangenheit Kontakte ins stramm rechte Lager, wie BNR-Recherchen belegen. Öffentlichkeitswirksam machte Ulsamer 1987 mit der Veröffentlichung eines „Pamphlets“ („Der Spiegel“) mit dem Aufdruck „Zersetzen, zersetzen, zersetzen. Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchie und Gewalt“ auf sich aufmerksam. Schriftsteller wie Heinrich Böll oder Günter Wallraff werden darin als „Vorbeter des Anarchis-

mus“ apostrophiert, deren „Demokratisierungs-Ideologie“ den Staat gefährde. Wohlwollend kommentierten die rechtsextremen „Deutschen Monatshefte“ Ulsamers Werk: „Es war höchste Zeit für sein Erscheinen. Möge ihm die verdiente Breitenwirkung beschieden sein.“ Im Folgejahr wiederholte Ulsamer seinen Vorwurf, „dass zeitgenössische deutsche Schriftsteller den Weg für Anarchismus und Gewalt mit bereitet“ hätten. Veröffentlicht wurden Ulsamers Zeilen in der NPD-nahen Schrift „Europa“, für die er wiederholt zur Feder griff. 1994 war Ulsamer als Moderator bei einem von der von rechtsaußen politisierenden Psychosekte Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) maßgeblich organisierten Kongress angekündigt. Im gleichen Jahr steuerte er auch einen Beitrag für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ bei.

■ **Duisburg** - „Der Krieg gegen VAWS verläuft an allen Fronten“ beklagt der rechtsextreme Verlag und Vertriebsdienst Verlag und Agentur Werner Symanek (Duisburg) in seinem aktuellen Rundschreiben vom November. Besonders erbost zeigt sich VAWS (Konto bei der Commerzbank Oberhausen) über die erstmalige Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht des Bundes (1999). Dies habe zu „Liefersperren“ bei Lieferanten geführt und „antifaschistische Gewalttäter“ mobilisiert. VAWS will nun zum Gegenschlag antreten und bietet im Winterkatalog ein umfangreiches Buchsortiment „über die Skandale des Verfassungsschutzes, den Weg in den Polizeistaat, die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste“ sowie „der unrühmlichen Rolle der Medien“ an. Gegen Symanek (35) und die Verantwortlichen der eng mit ihm kooperierenden, rassistischen „Unabhängigen Nachrichten“ hat im Oktober die Staatsanwaltschaft Mainz Anklage wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass erhoben. Vorausgegangen waren fünfjährige Ermittlungen.

■ **Erfurt** - Die „Deutsche Heidnische Front“ (D.H.F.) ist verstärkt auch im Internet aktiv. Auf ihrer Homepage wird verkündet, dass sich die D.H.F. die „Wiederbelebung der Reichsidee“ zum Ziel gesetzt habe und „alle germanischen Völker und Stämme in einem ‘Großgermanischen Reich’ vereinen“ möchte. In dem zu schaffenden „Großgermanischen Reich“ soll „Asatru, die Religion unserer heidnischen Vorfahren, zu neuer Blüte gelangen und alle fremdländischen Glaubensbekenntnisse aus unseren Völkern verdrängen.“ Gründungsmitglied der D.H.F. ist der seit August in den

USA inhaftierte Neonazi-Satanist Hendrik Möbus (s. BNR 18/2000). Möbus hat jüngst im Knast einen „Offenen Brief an die Deutschen Nationalisten“ verfasst, denen er zuruft, sich seines „Falles zu bemächtigen und diesen, entgegen den Absichten des Systems, im Dienste der gemeinsamen Sache aller vaterlandstreuen Deutschen einzusetzen.“ Möbus hofft: „Wer weiß, vielleicht gewährt mir ein US-Gericht ja Asyl und stellt dadurch eindrucksvoll fest, was wir schon lange wissen: die BRD ist keine Demokratie, sondern ein Verbrechen!“ Möbus erwartet in der Bundesrepublik eine Restjugendstrafe von 976 Tagen.

■ **Gifhorn** - Eine Kameradschaft namens „Gifhorer Reichssturm“ verbreitet im Internet Anleitungen für Terroranschläge. Im „Terrorbereich“ der Homepage wird unter anderem detailliert der Bau von „Elektrischen Zündern“, „Elektrischen Zeitzündern“ und „Zündern für Brief- und Paketbomben“ beschrieben. Ebenso findet sich eine Handlungsanleitung zum Bau von Brandsätzen: „Unter Brandsätzen verstehen die meisten Leute nur Molotow-Cocktails, ich führe hier aber auch noch Brandgehele, Napalm und vor allem Rauchbomben auf. In jedem Fall gilt, erst in kleinen Mengen ausprobieren, für einen evtl. Anschlag dann richtig zulang. Viel Glück!“ Auch Rezepte zur Mischung von Gift finden sich auf der Homepage: „Man füllt einfach X in ein Kupfergefäß und lässt es stehen, bis der X verdunstet ist und ein grüner Belag zurückbleibt. Schon ist das tödliche Gift fertig.“ (anonymisiert von BNR) Brisant ist die „Schwarze Liste“ des „Gifhorer Reichssturms“. Danach gehören „alle Berliner Politiker (nur so lange, wie die DVU, NPD oder die REP's noch nicht im Reichstag sitzen) ... verboten bzw. gehängt“.

■ **Hamburg** - Christian Worch, der führende Ideologe und Strategie der Freien Nationalisten, betont in einer mehrseitigen Stellungnahme vom November, dass er dem drohenden NPD-Verbot „völlig gelassen“ entgegentritt: „Damit entfällt ein früherer (oftmals wenig zuverlässiger) Bündnispartner“ und „ein derzeitiger Konkurrent“. Stattdessen gewinnen die Freien Nationalisten „selbst neue Kräfte, aktivistische wie logistische“. Wenig zimperlich geht Worch mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt um: „Der Voigtsche Versuch, konservative Biertisch-Nationalisten und radikale, aktionistische Kreise unter einen Hut zu bekommen, ist nur ganz, ganz bedingt geglückt. Er ist eher gescheitert, als geglückt, denn der Hut war einfach nicht groß genug. (Statt des Hutes kann man auch sagen: Der Vorsitzende;

wenn man denn persönlich werden will.“), verkneift sich Worch schließlich nicht, anzumerken.

■ **Iphofen** - Über eine bei Tripod-Venezuela eingestellte rechtsextremen Anti-Antifa-Homepage wurden bis vor kurzem mit dem Hinweis: „Wir wissen wo du wohnst ... sollen wir Dich besuchen kommen?“ die Adressen und Telefonnummern zweier Journalisten veröffentlicht. Zumindest eine der Adressen wurde vom einschlägig vorbestraften Aktivisten Dennis Entenmann (Mordaufruf im Internet gegen Antifaschisten) weitergegeben „nach dessen Angaben an das Deutsche Rechtsbüro...“. Weiter wurde mit Verweis auf Postfachadressen in Mannheim, Ludwigshafen, Dresden und Löbau dazu aufgefordert, die Anti-Antifa-Arbeit zu unterstützen: „Wir brauchen Daten von Antifas, Politikern, Journalisten, Richter, Staatsanwälte, Polizisten ...“. Als weitere Kontaktadresse erschien darauf eine Emailadresse „antiantifa“. Diese taucht bisher mehrfach im Internet auf, unter anderem mit der Ankündigung eines (später verbotenen) Hess-Marsches im bayerischen Iphofen und der Iphofener Infotelefonnummer des „Bündnis Rechts“. Betreiber dieses Telefons wie Anmelder des Aufmarsches ist Dennis Entenmann.

■ **Karlsruhe** - Der bislang ungeklärte „Fall Sebnitz“ wird von Rechtsextremisten zu Propagandazwecken missbraucht. So verbreitet der „Konservative Gesprächskreis Hannover“ (KGH) im Internet einen Kommentar von Herbert Rauter, Kopf des „Arbeitskreises Karlsruhe“ der rechtsextremen Deutschland-Bewegung, mit dem Titel „Sebnitz - Spucknapf der 'Anständigen'? Latrine der Lichterkette-Deutschland?“ Rauter fragt: „Wem dient ... die tägliche Warnung vor der 'Neonazi-Pest' in Sachsen? Der SPD, den Bündnisgrünen, der PDS. Nicht zu vergessen: der skandalhungrigen BRD-Journaille und den linken Fernseh-Politmagazinen für die blasierte Toskana-Fraktion.“ Der Autor, der auch für die Blätter „Nation&Europa“, „Aula“, „Eckartbote“, „Signal“ sowie „Opposition“ schreibt und zuletzt als Referent beim NS-apologetischen Kulturwerk Österreich wirkte, warnt schließlich: „Sebnitz ist nur der Vorgeschmack - die Generalprobe der Linken. Was sie Sebnitz heute antut, wird morgen ganz Deutschland erleiden.“

■ **Mainz** - Im Großraum Mainz fand unter konspirativen Umständen am 28. Oktober der von den Jungen Nationaldemokraten ausgerichtete „7.Europäische Kongress der Jugend“ statt. Redner auf der Veranstaltung war unter anderen Achmed Hu-

ber, ein zum Islam konvertierter Schweizer, ehemaliger Journalist und von 1952 bis 1994 Mitglied der Sozialistischen Partei in der Schweiz. Huber hat zwischenzeitlich das politische Lager gewechselt, hetzt offen gegen Juden und leugnet den Holocaust, den er als „Mythologie“ bezeichnet. In engem Kontakt steht Huber zu dem kürzlich in den Iran geflohenen Holocaust-Leugner Jürgen Graf aus der Schweiz. Als Autor greift Huber auch für die rechtsextreme Monatszeitschrift „Opposition“ zur Feder. Zugewogen beim „7. Europäischen Kongress der Jugend“ waren Vertreter gleichgesinnter Organisationen aus Schweden (Swedish Resistance Movement), Großbritannien (British Nationalist Party), Italien (Fuerza Nuovo), Belgien (Mouvement pour la Nation), Portugal (Justitia Liberdade) und Irland (Youth Defance).

■ **Nürnberg** - In dem neonazistischen Skin-Blatt „Landser“ (Nürnberg) wird über „ein Leben nach der NPD“ nachgedacht. Den Kameradinnen und Kameraden inner- und außerhalb der NPD rät man, die drei Buchstaben „NPD“ als „das zu nehmen, was sie ganz nüchtern betrachtet nur sind, nämlich ein Forum zur Durchsetzung einer großen Idee“, die man niemals verbieten könne: „Die Idee kann deshalb nicht sterben, weil sie sich am Leben selbst orientiert, unabhängig wie widerlich und ekelhaft auch die momentanen Zustände sein mögen. Deshalb gab es ein Leben vor und wird es auch eines nach der NPD geben.“ Selbstbewusst verkündet der Landser: „Sie können ... alle nationalen Zusammenhänge mit einem Schlag verbieten, alle Aktiven einsperren oder erschießen, es würde an der Gesamtsituation überhaupt nichts ändern. Der nächste Neger in Dessau, der nächste Obdachlose in Mecklenburg-Vorpommern, der nächste Punker in Magdeburg, das nächste Lübeck, Solingen und Mölln würde morgen wieder geschehen.“

■ **Pirna** - Die neonazistische Vereinigung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) nutzt neuerdings auch das Internet als Propagandaorgan. Auf der „Heimatseite“ der SSS, die sich selbst als „Nationaler Widerstand Sächsische Schweiz“ vorstellt, wird unter anderem über Anti-Antifa-Aktivitäten berichtet, werden Bands wie die antisemitischen „14 Nothelfer“ vorgestellt und es wird der Toten beider Weltkriege gedacht, „welche mit unerbittlicher Härte die Heimat und die Familie vor dem Roten Gespenst zu schützen versuchten.“ Verweise zeigen den Weg zu den Homepages von „Widerstand“, der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen und Frank Rennieke.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 25-2000 / Abo 5292719000

###9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Ausland

■ **Schweiz (Lausanne)** - Der 80-jährige Altfaschist Gaston-Armand Amaudruz (s. BNR 9/2000), der im April wegen rassistischer Hetze und Holocaust-Leugnung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, hat in einem Berufungsverfahren vor dem Lausanner Kassationsgericht teilweise Recht bekommen. Seine Strafe wurde auf drei Monate reduziert. Die von ihm in der Hetzschrift „Courrier du Continent“ verfassten Artikel hätten nur 300 Adressaten gehabt. Die Verbreitung des antisemitischen Gedankenguts sei deshalb quasi vertraulich gewesen und habe sich nur an überzeugte Revisionisten gerichtet, hielt das Gericht fest.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto